

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags-
Bezugspreis monatl. M. 70.—, vierteljährl. M. 2 10.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 222.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 2,50 M. u. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Pettzelle oder deren
Raum M. 4.—, auswärts M. 5.—. :: Reklame-
zelle M. 12.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftserteilung werden
jeweils 2 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachsahgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaa in Wildbad.

Nummer 225

Februar 179

Wildbad, Dienstag den 26. September 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Der französische Botschafter Laurent in Berlin ist von seinem Posten zurückgetreten.

Der französische Sondergesandte Franklin-Bouillon, der im vorigen Jahr den Geheimvertrag mit den Türken in Angora abgeschlossen hat, wird nach Smyrna reisen, um Kemal Pascha zu überreden, die Friedensbedingungen der Verbündeten anzunehmen. — Die französische Regierung hat den Türken in dem Angora-Vertrag anscheinend viel mehr versprochen, als die Pariser „Orientkonferenz“ ihnen nun angeboten hat.

In Sofia sollen am Freitag und Samstag blutige Kämpfe der Nationalisten gegen die Kommunisten und die Bauernpartei stattgefunden haben. 50 Personen, darunter verschiedene Abgeordnete und Parteiführer seien getötet, über 100 verwundet worden. Die bulgarische Regierung hat über Sofia den Belagerungszustand verhängt. Der Führer der (nationalistischen) Oppositionspartei ist verhaftet worden.

Zwischen dem unabhängigen Staat Turkestan und Afghanistan ist ein Bündnis- und Staatsvertragsvertrag abgeschlossen worden. — Der Vertrag ist ein weiterer Schritt in der Politik des neuen Herrschers von Turkestan, Enver Pascha, die mohammedanischen Völker in selbständigen Staaten mit der Türkei an der Spitze zu einigen.

Ein britisches Kriegsschiff ist im Marmarameer nach einem Zusammenstoß mit einem holländischen Schleppschiff gesunken. 10 Mann sind umgekommen, 87 wurden gerettet.

Die Verhinderung des Wiederaufbaus von Nordfrankreich

Die Franzosen regten sich gewaltig auf, wenn man ihnen vorwarf, das zumeist von französischen und englischen Granaten verwüstete Kriegsgebiet. — man denke nur an St. Quentin oder St. Mihiel — wäre schon längst wieder aufgebaut, wenn die französische Regierung nur gewillt und nicht vorgezogen hätte, die Trümmerfelder als Paradiese für die „deutschen Greuel“ zu bewahren. Inzwischen sind die Franzosen aber doch etwas zurückhaltender geworden; die Neutralen sind nachgerade hinter den Fluss gekommen und das Donnern über die deutschen Greuel macht keinen Eindruck mehr.

Die Versailler Pöge aber, die Deutschland die „Wiedergutmachung“ aller Kriegsschäden aufgebürdet hat, die besteht weiter. Und weiter besteht auch die Not der durch den Krieg obdachlos gewordenen Franzosen, die immer noch keine Arbeitsstätte gefunden haben. Es ist daher sehr angebracht, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ in der Folge der von Oberstleutnant von Stülpnagel herausgegebenen Veröffentlichungen „Die zerstörten Gebiete“ eine Sondernummer herausgebracht haben, welche die „Verhinderung des Wiederaufbaus durch die französische Regierung“ behandelt. Die Ursachen, daß heute noch in weiten Gebieten so gut wie nichts für die Wiederherstellung geschehen ist — so ist in Bailleur, La Bassée, Albert von den 1500, 2000 bzw. 3000 Häusern, die sie vor dem Krieg besaßen, in zwei Jahren auch nicht ein einziges wiederaufgerichtet worden — liegen, wie schon gesagt, vollkommen klar. Ihre harmloseste ist die französische Organisationsunfähigkeit, für die nach französischen Quellen sehr kennzeichnende Beispiele beigebracht werden. So hat die Entschädigungskommission im Departement Pas de Calais in der Zeit vom Januar 1920 bis Januar 1922 an Verwaltungskosten fast 255 Millionen französischer Franken ausgegeben, ohne daß dadurch zwei Steine aufeinandergestellt sind. Ein einziges Nebenbureau dieser berühmten Kommission, das 15 untergeordnete Angestellte beschäftigt, verbraucht dafür nach heutigem Kursstand über 6 Millionen deutscher Mark in einem Monat. Der Deutsche zahlt ja doch alles! Damit die „Verwaltungsarbeit“ in reibungsloser Ordnung verläuft, sind eine ungeheure Anzahl von Automobilen für die Angestellten der Entschädigungskommission nötig. 28 000 Kraftwagen stehen dauernd zu ihrer Verfügung, davon 2269 für die „persönlichen Bedürfnisse“ der Beamten, für deren jedes schon 1921 der inzwischen wesentlich erhöhte Unterhaltungsbeitrag von 30 000 Franken bezahlt wird. Alles auf deutsche Kosten; jeder Schreiber macht im eigenen Auto Spazierfahrten mit seinen Damen, aber niemand zerbricht sich den Kopf darüber, wie viele Häuser, die immer noch

in Trümmern liegen, für diese ungeheuren Summen längst hätten aufgebaut sein können.

Trotzdem so gut wie nichts gebaut worden ist, ist der Materialschwand doch ungeheuer. Für 67 Millionen Franken beschaffte Baumaterialien wurden „unbrauchbar“, ohne daß aus ihnen auch nur ein einziger Schuppen ausgerichtet wurde. Dennoch meinte der Abgeordnete Dubigny in der französischen Kammer, daß die vielbesprochenen Veruntreuungen doch wohl weit überschätzt würden. Sie betrügen nach sicherer Schätzung „nur“ etwa eine Milliarde Franken!

In diese Beträge sind aber die Summen nicht eingerechnet, die für erschwundene Kriegsschädenrechnungen ausgegeben worden und die einstweilen unübersehbar sind. Hat sich an diesem ehrenwerten Geschäft doch sogar ein französischer General beteiligt, während es bei Industriellen an der Tagesordnung ist, daß sie das Zehner- oder Hundertsache ihrer wirklichen Verluste anmelden und ausbezahlt bekommen oder gar, daß sie sich Millionen auf Fabrikanlagen bezahlen lassen, die niemals bestanden haben.

Dies alles aber könnte den Wiederaufbau entgegen dem Willen der obdachlosen Bevölkerung der Kriegsgebiete dennoch nicht völlig vereiteln, wenn nicht das französische Unternehmertum alles daran gewendet hätte, die wertvolle deutsche Hilfe, mit der allein Nordfrankreich wieder erstehen kann, fernzuhalten. Daß diese Unternehmer unter dem Schutz des Herrn Voucher tatsächlich lieber die beschädigten Landstriche in ihren Ruinen liegen lassen wollen, als in die Gefahr geraten, die überlegene deutsche Arbeit vorbildliche Musterdörfer, wie sie die Franzosen niemals bauen können, aufstellen zu sehen, das haben Franzosen selbst ganz offen erklärt. Einige schlagende Beweise werden in der Zusammenstellung der „Süddeutschen Monatshefte“ angeführt. Sie liegen sich leicht vermerken.

Aber auch die Widerspenstigkeit und der Eigennutz des französischen Unternehmertums könnte den Wiederaufbau auf die Dauer nicht so reibungslos durchkreuzen, wie es bisher geschehen ist, wenn nicht als letzte und stärkste Kraft die französische Regierung selbst leben Fortschritt hinterließen. Sie braucht die Ruinen, um ihre Politik des Hasses weiter betreiben zu können, und das ist der eigentliche Grund, warum bisher auch die wertvolle Hilfe deutscher Arbeiter entgegen dem Wunsch der Geschädigten immer wieder, trotz aller Vorverhandlungen, ferngehalten worden ist. Man hat zu eindrucksvollen Erfahrungen mit der Verdrängung von Mensch zu Mensch während des Krieges gemacht. Das gute Verhältnis, welches die deutschen Soldaten während der Schlachten mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete herzustellen wußten, hat den französischen Regierenden zu denken gegeben. Die Haßpolitik würde die schwerste Einbuße erleiden, wenn deutsche Arbeiter friedlich zwischen den obdachlosen Franzosen für diese neue Häuser und Städte aufbauen. Der Umgang mit den Deutschen könnte die schlimmsten Folgen auf die „Begehrlichkeit“ der französischen Arbeiter haben, wenn sie die sozialen Fortschritte beider Länder miteinander vergleichen.

Frankreichs Rheinlandpläne entschleiert

Von besonderer Seite wird der Berliner „Germania“ geschrieben:

Wenn auch eine gewisse Entspannung der politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und seinen Gläubigern verzeichnet werden kann, wäre es doch grundfalsch, sich jetzt einer sorglosen Hoffnungstimmung hinzugeben. Die Gefahren bestehen unvermindert fort, die das Rheinland und damit die Einheit des Reichs überhaupt bedrohen. Der französische Ministerpräsident wird sich natürlich hüten, Frankreichs Raubpläne unverhüllt zuzugeben. Dies Geschäft besorgen die französische Presse und die französischen Militärpolitiker viel besser. Die französische Regierung wird indessen nicht in der Lage sein, die Pläne zu verleugnen, die ihr von Dariau, dem Präsidenten des Finanzausschusses der französischen Kammer, vorgelegt wurden. Dariau, der im Auftrage der französischen Regierung eine „Dienstreise“ in das besetzte Gebiet unternommen hatte, ist kein Eigenbrötler, und das „Journal“ gibt selbst zu, daß die Pläne Dariaus die völlige Billigung Poincarés gefunden haben. Das „Journal“ gibt aus dem Bericht Dariaus einen Auszug, in dem es heißt: „Wir haben einen großen Teil des Ruhrgebiets besetzt, ebenso einen Ruhr- und Rheinhafen, durch den die Hochöfen mit Erzen versorgt werden. Damit schneiden wir die Eisenindustrie mitten durch. Wenn wir wollen, können wir die von den Reichsöfen ab-

hängigen und sie verarbeitenden Fabriken im unbefestigten Deutschland, die nichts weiter tun, als diese Erzeugnisse fertigzustellen, von ihrer Kohle, ihren Erzen, ihren Eisen- und Stahlerzeugnissen abschneiden. So lange wir unsere gegenwärtige Stellung am Rhein innehaben, stellen wir also eine ständige Drohung für 10 bis 12 Herren der deutschen Industrie dar, die tatsächlich die finanziellen Herrscher Deutschlands sind.“

Auf dieser Grundlage stehend, verlangt nun Dariau folgendes: Der erste Akt der aktiven französischen Rheinlandspolitik ist die finanzielle Organisierung des Rheinlands: Aufrechterhaltung einer Zollgrenze im Osten gegen Deutschland, Niederlegung der Zollgrenze im Westen gegen Frankreich. Im Zusammenhang mit dieser finanziellen Organisation müßte die Trennung des Staatshaushalts der Rheinlande von denen des Reichs und der Länder erfolgen, und gleichzeitig wird die Einführung einer gesunden Währung an Stelle der entwerteten Mark verlangt. In zweiter Linie verlangt Dariau den Ersatz der preussischen Beamten durch rheinische. Drittens wird die Erweiterung der Vollmachten der gewählten rheinischen Volksvertretung gefordert. Das Hauptziel dieser Politik ist nach den eigenen Worten Dariaus, ein freies Rheinland unter dem militärischen Schutz Frankreichs u. Belgiens von Deutschland abzutrennen.

Knapper und deutlicher sind die französischen Absichten auf das Rheinland bisher nicht beschrieben worden.

Die neue Partei

Der geeinte Sozialismus

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen: Drei Parteitage waren nötig, um die Einigung der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen herbeizuführen, Augsburg, Gera und Nürnberg. Diese Tagungen haben viel Zeit und Geld gekostet. Die sozialdemokratische Parteileitung geht, wie man hört, mit dem Gedanken um, in Zukunft nur alle zwei Jahre einen allgemeinen Parteitag abzuhalten. In einer Zeit wie der heutigen erscheint es wirklich überflüssig, daß alljährlich Hunderte von Männern eine volle Woche und länger zu einem Parteitag zusammenkommen, der, wenn man alles rechnet, Millionen kostet.

Die Hauptsache ist die nun vollzogene Einigung der beiden sozialistischen Parteien. Es ist bekannt, daß die Partei der Unabhängigen vor ihrem Zusammenbruch stand und durch die Einigung mit der alten Sozialdemokratie gerettet wurde. In der sozialistischen Zeitschrift „Der Stern“ wird das deutlich gesagt. Das Zentralorgan, die „Freiheit“, entging von Monat zu Monat mit knapper Not dem Bankrott; die finanziellen Nöte der Partei vergrößerten sich von Tag zu Tag, die Abspaltung nahm immer stärkeren Umfang an. Ledebour, der die Einigung für sich und seinen Anhang ablehnte, erklärte auf dem Parteitag in Gera, die U.S.P.D. werde nicht als gleichberechtigt in die S.P.D. aufgenommen, sondern sie werde aufgesaugt.

Dies ist wichtig für das Hauptproblem der nächsten Zeit, für die Koalitionspolitik. Für die deutsche Parteipolitik kommt es jetzt darauf an, wie sich die neue verstärkte Sozialdemokratie zum Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition verhält. Während in Gera die Unabhängige Toni Sender erklärte, die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialdemokratie sei das Hauptergebnis der Einigung des Proletariats, trat in Breslau der Zentralvorstand und die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen, um zur Koalitionsstrategie Stellung zu nehmen.

Wie wird sich nun die neue Sozialdemokratie verhalten? Auf dem Augsburger Parteitag wurde darauf hingewiesen, die Scheidung zwischen rechts und links in der neuen Partei werde nicht in der Weise vor sich gehen, daß die bisherige Sozialdemokratie den rechten Flügel und die Unabhängigen den linken Flügel bedeuten. In der alten Sozialdemokratie gibt es vielmehr große Gruppen, die weit mehr links stehen, als so mancher, der bei den Unabhängigen bisher auf dem rechten Flügel saß. Die Einigung wird also zu einer Mischung führen, die sich im Augenblick noch nicht berechnen läßt.

Der Feind im Lande

Aus einer Uebersicht der Zahlungen, die bisher von Deutschland für den Unterhalt der feindlichen Kommissionen Wiesbadens geleistet werden mußten, ergibt sich, daß im Rechnungsjahr 1919 7 366 806 M., im Rechnungsjahr 1920 33 073 437 M., im Rechnungsjahr 1921 256 526 246 M. geleistet werden mußten. In der ersten Hälfte des Jahres 1922 schwoll diese Summe auf 377 272 452 M. an. Bei der Uebersicht der letzten Zeit ist anzunehmen, daß für den Unterhalt und für das Gehalt der in den Wiesbadener Stellen Bediensteten im Jahr 1922 mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Milliarde Mark gerechnet werden muß. Eine

